

Weltweites Problem

Christenverfolgung verschärft sich deutlich



Thomas Schirmacher erläutert weshalb die Verfolgung der Christen weltweit eine Menschenrechtsverletzung ist

Quelle: Wikipedia / Religionssoziologie / CC BY-SA 4.0 /

<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=118815072>

Die weltweite Verfolgung von Christen hat sowohl in Umfang als auch in Intensität deutlich zugenommen. Dies erklärten Menschenrechtsexperten kürzlich in Berlin.

Bei einer Pressekonferenz zur Veröffentlichung [der ISHR-Jahrbücher](#) «Religionsfreiheit» und «Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2025» sagte Thomas Schirmacher, Präsident der [«Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte»](#) (IGFM), dass sich die Lage von Christen in vielen Regionen der Welt erheblich verschlechtert habe.

«Dies äussert sich nicht nur in direkter Gewalt – etwa durch Morde oder Entführungen –, sondern auch durch Gesetze, gesellschaftliche Diskriminierung, Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben sowie durch die Kontrolle von Kirchen und Gottesdiensten», erklärte Thomas Schirmmacher in den Räumen der [«Deutschen Evangelischen Allianz»](#) in Berlin. «Das Erstarken autoritärer Regime, religiöser Nationalismus, politische Instabilität und gewaltsame Konflikte erhöhen den Druck und verschärfen die Verfolgung.»

Bedrohungen nehmen weltweit zu

Der Gründer und Mitherausgeber der Jahrbücher sowie ehemalige Generalsekretär der [«Weltweiten Evangelischen Allianz»](#) betonte, dass die Publikationen aktuelle Bedrohungen der Freiheitsrechte untersuchen – darunter staatliche Verfolgung, extremistische Gewalt, imperialistische Dominanz und religionsfeindliche Diskriminierung.

Religionsfreiheit sei ein grundlegendes Menschenrecht, doch die Bedrohungen nähmen weltweit zu, sagte Schirmmacher, der gerade von Treffen mit religiösen Minderheiten in Syrien und dem kurdischen Teil des Iraks zurückgekehrt war.

Anhand zweier Fallstudien aus dem neuen Jahrbuch hob er hervor, dass islamistische Gruppen in Nigeria – etwa Boko Haram, der «Islamic State West Africa Province» (ISWAP) und Fulani-Milizen – gezielt christliche Gemeinden angreifen. Terroranschläge, Entführungen, Morde und die Zerstörung von Kirchengebäuden seien an der Tagesordnung. Sie träfen nicht nur Einzelpersonen, sondern zwängen ganze Gemeinschaften, in Angst und Unsicherheit zu leben.

Enorme Herausforderungen in Nigeria

Nigeria, das bis 2050 das drittgrösste christliche Land der Welt sein soll, stehe vor enormen Herausforderungen. Es brauche dringend mehr Notärzte, Frühwarnsysteme und Evakuierungsmassnahmen, um weitere Massaker zu verhindern.

Auch die Lage in Pakistan sei besorgniserregend, sagte Schirmmacher. Christen litten dort regelmässig unter diskriminierenden Blasphemiegesetzen. Schon der bloße Vorwurf der Blasphemie könne Menschen sozial isolieren, sie gewalttätigen Angriffen aussetzen oder vor Gericht bringen. Zudem seien Entführungen, Zwangsbekehrungen zum Islam und Kinderehen – insbesondere von Mädchen aus religiösen Minderheiten wie Hindus oder Christen – weit verbreitet.

Trotz Gesetzen gegen diese Übergriffe sei deren Umsetzung schwach. Zwar zeigten einige Gerichte Fortschritte beim Schutz Minderjähriger, doch Diskriminierung bestehe fort. Internationaler Druck, etwa seitens der EU, habe zu leichten Verbesserungen geführt, doch die Situation bleibe ernst, so Schirmmacher.

«Nicht schweigen»

«Als Herausgeber der Jahrbücher über die Verfolgung und Diskriminierung von Christen rufen wir Politiker und die Zivilgesellschaft – auch im Namen unserer Autoren und Unterstützer – dazu auf, die Religionsfreiheit entschlossen zu verteidigen und über das Schicksal verfolgter Christen nicht zu schweigen.»

Schirmmacher betonte, dass Politiker die Religionsfreiheit als fundamentales Menschenrecht konsequent verteidigen und sie nicht als Randthema behandeln sollten. Die Geschichte habe immer wieder gezeigt, dass dort, wo die Glaubensfreiheit endet, auch andere Grundrechte zu erodieren beginnen.

«Totalitär an eine Religion gebunden»

Zwei Faktoren seien die Hauptursachen für die weltweite Christenverfolgung, so Schirmmacher weiter. Erstens betrachteten diktatorische Einparteienstaaten wie China, Kuba und Nordkorea Christen als Bedrohung und überwachten und unterdrückten sie daher strikt. Zweitens würden Christen von militanten politisch-religiösen Bewegungen oder Gruppen gezielt Opfer von Gewalt.

«Sie leiden unter Diskriminierung im Berufs- und Sozialleben, unter gewaltsamen Übergriffen, Entführungen, Vertreibungen und Misshandlungen», sagte er. «Sie bleiben schutzlos, weil der Rechtsstaat fehlt.»

Besonders in Ägypten, Syrien, Nigeria, Indien und Myanmar litten Christen unter solchen Bedingungen. Andere Staaten wie die islamischen Republiken Afghanistan, Iran und Pakistan hätten ihre gesellschaftliche Ordnung «totalitär an eine Religion gebunden» und setzten diese mit staatlichen Mitteln gnadenlos durch.

Missachtete Freiheit führt zu Konflikten

Thomas Rachel, Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Mitglied des Deutschen Bundestages, unterstrich,

dass der Einsatz für Religionsfreiheit ein wichtiger Bestandteil der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung sei.

«Darüber hinaus ist die Achtung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein bedeutender Beitrag zur Stärkung von Frieden und Stabilität in der Welt», erklärte Thomas Rachel in einer Pressemitteilung. «Wenn Regierungen diese Freiheit missachten, können Konflikte und Gewalt entstehen. Deshalb ist der Dialog mit und zwischen Religionsgemeinschaften so wichtig. Wenn internationale Politik Religion stärker berücksichtigt, kann darin oft eine Chance für Frieden liegen.»

Freikirchen durch Russland geschlossen

Johann Matthies, politischer Vertreter der Evangelischen Allianz Deutschland, lenkte den Blick auf die Lage ukrainischer Christen. Er verurteilte die systematische Verfolgung unabhängiger Religionsgemeinschaften, insbesondere gegen Freikirchen, durch russische Behörden: Seit der Besetzung der Krim und des Donbass im Jahr 2014 habe sich die Lage in den neu besetzten Gebieten weiter verschärft.

«Bis Mitte 2023 hatten die russischen Behörden fast alle unabhängigen Religionsgemeinschaften in den Regionen Saporischja und Cherson geschlossen», erklärte er.

Zum Thema:

[Wegen Long Covid: WEA-Chef Thomas Schirmacher tritt zurück](#)
[Drei Jahre Ukraine-Krieg: Neue Doku enthüllt schwere Christenverfolgung](#)
[383 Häuser zerstört: Über 60 Christen in Nigeria ermordet](#)

Datum: 31.10.2025

Autor: Chris Eyte / Daniel Gerber

Quelle: Christian Daily International / gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Verfolgung](#)

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Menschenrechte](#)

[Wissen](#)